

16.06.2016

Keine faulen Kompromisse zu den Verfolgerstaaten Algerien, Marokko und Tunesien

LSVD kritisiert mögliche Erweiterung der sicheren Herkunftsstaaten

Zur anstehenden Abstimmung im Bundesrat über die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt **Helmut Metzner**, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbands (LSVD):

Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland warnt die Bundesländer vor faulen Kompromissen im Bundesrat. Die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als „sichere Herkunftsstaaten“ ist nicht zustimmungsfähig. In allen drei Staaten werden Menschenrechte verletzt, Homosexuelle als soziale Gruppe verfolgt und einvernehmliche Sexualität unter Erwachsenen gleichen Geschlechts mit hohen Gefängnisstrafen bedroht. Menschen werden eingesperrt und misshandelt, nur weil sie anders lieben.

Irgendeine außergesetzliche Protokollnotiz dieser Bundesregierung zum angeblichen Schutz von Lesben und Schwulen wäre das Papier nicht wert, auf dem sie steht. Denn die Regierung Merkel ist hier völlig unglaubwürdig.

Die Bundesregierung verharmlost in ihren Stellungnahmen und in der Behördenpraxis immer wieder die Verfolgung Homosexueller. Dabei missachtet sie wissentlich die eindeutige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes in Bezug auf homosexuelle Flüchtlinge. Auf eine Protokollnotiz zu vertrauen, wäre politisch höchst fahrlässig und menschenrechtlich fatal.

Hintergrund

- Warum Algerien, Marokko und Tunesien keine "sichereren Herkunftsländer" sind. Das bewirkt eine Einstufung von Verfolgerstaaten zu "sicheren Herkunftsstaaten" [<https://www.lsvd.de/de/ct/989-keine-sicheren-herkunftsstaaten-algerien-marokko-und-tunesien>]

- Asylrecht: Ghana und Senegal keine sicheren Herkunftsstaaten: In beiden afrikanischen Ländern werden LSBTI strafrechtlich verfolgt [<https://www.lsvd.de/de/ct/6722-asylrecht-ghana-und-senegal-keine-sicheren-herkunftsstaaten>]

Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

